



LEITARTIKEL

Eine Minderheit tanzt immer auf dem Eis

Die Zukunft Südtirols liegt uns allen am Herzen. Mit dem Südtirol-Konvent beginnt heute eine breite Diskussion, wohin wir unser Land steuern wollen.

Das ist gut so, weil es an der Zeit war, dass wir Südtiroler eine Standortbestimmung machen und uns überlegen, wie es weitergehen soll.

Bei dieser Entscheidung darf man aber unsere Geschichte nicht vergessen und wie es zur Autonomie, an der man nun schrauben möchte, gekommen ist. Man muss wissen, wieso der Süden Tirols italienisches Staatsgebiet ist und dass unser Land rund 800 (mehr oder weniger) sorglose Jahre bei Österreich verbracht hat und nie italienisches Gebiet war. Man muss sich bewusst sein, dass uns nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg das Selbstbestimmungsrecht verweigert wurde und dass die Südtiroler gegen

ihren erklärten Willen und unter Verletzung des Völkerrechts zum italienischen Staat geschlagen wurden. 20 Jahre faschistische Unterdrückung und die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten dürfen auch nicht vergessen werden.

Die Wende im Todesmarsch der Südtiroler brachte erst das Gruber-Degasperi-Abkommen von 1946. Dieses Abkommen ist die Basis für unsere Autonomie. In diesem völkerrechtlichen Akt ist klar zwischen Österreich und Italien festgeschrieben, dass die Deutschen und Ladiner in Südtirol geschützt werden müssen. Erst 1969 wurde dann das Paket nach einem Streit zwischen Österreich und Italien vor der UNO als Verwirklichung dieser Abmachung verabschiedet und 1972 umgesetzt. Mit der Streitbeilegung vor



von
Chefredakteur
Toni Ebner

der UNO im Jahr 1992 wurde erneut die völkerrechtliche Gültigkeit des Vertrages belegt.

Der Wohlstand, den wir heute in unserem Lande erleben, ist dem Gruber-Degasperi-Abkommen zu verdanken und natürlich den Männern und Frauen, die die Chance auf weitgehende Selbstverwaltung umgesetzt und unser Land zum Blühen gebracht haben.

Bei der aktuellen Diskussion über die Weiterentwicklung der Autonomie wird von einigen Politikern das Gruber-Degasperi-Ab-

kommen, die Magna Charta der Südtiroler, ausgeklammert, als wenn die Autonomie damit nichts zu tun hätte. Es wird so getan, als ob die Verhandlungen um Zuständigkeiten oder die Finanzierung der Autonomie eine Sache zwischen der römischen und der Südtiroler Verwaltung sei. Es gibt starke Bestrebungen von Politikern, die auch im Konvent sitzen, die Autonomie als ein verwaltungstechnisches Abkommen zwischen Bozen und Rom zu verkaufen. Immer öfters wird von Territorialautonomie gesprochen. Genau das aber wäre der falsche Weg für die Zukunft Südtirols.

Südtirol hat die Autonomie als Ausgleich bekommen für das Unrecht, das dem Land mit der Abtrennung von Österreich angetan wurde. Wir haben einen völkerrechtlich abgesicherten Vertrag,

der den Schutz der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit auf italienischem Staatsgebiet garantiert. Ein neues Autonomiestatut ohne dieselbe völkerrechtliche Verankerung wäre das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben stünde.

Die Südtiroler Autonomie schützt die ethnischen Minderheiten und nicht die wirtschaftlichen Interessen einer Provinz.

Andreas Khol, ehemaliger Nationalratspräsident und Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, hat es treffend definiert: „Eine Minderheit tanzt immer auf dem Eis; einmal ist es dicker, dann wieder dünner.“ Heute tanzen wir auf dickem Eis. Wie das Eis morgen ist, wissen wir nicht. Die Vertreter und Vertreterinnen im Konvent müssen bei ihren Vorschlägen berücksichtigen, dass das Eis schnell wieder dünn werden könnte.

toni.ebner@athesia.it